Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung
Geschwister-Scholl-Straße 11 | 10719 Berlin
T +49 (030) 20192-755 | sekretariat@zfl-berlin.org

Lektorat: Gwendolin Engels, Eva Geulen, Dirk Naguschewski; **Korrektorat:** Georgia Lummert; **Bildredaktion/Satz:** Dirk Naguschewski; **Redaktionsassistenz:** Nicola Chodan; **Gestaltung:** Kraut & Konfetti

Bildnachweise: [Titel] Tyr-asd, Hörsaal West im Hörsalzentrum Chemie im Campus Neuenheimer Feld der Universität Heidelberg, Wikimedia Commons | **[Trennseiten]** (li.) Eduard Rindüller: Die Göttinger Sieben, 1837/38, Wikimedia Commons; (re.) DarTar: March for Science in San Francisco, California, 22.4.2017, Wikimedia Commons **[Eiden-Offe]** (li.) v. l. n. r.: D. E. Gatter, KD Wolff, Wolfgang Groddeck, hoelderlin.de (re.) Friedrich Hölderlin: »Meiner verehrungswürdigen Großmutter zum 72. Geburtstag«, Manuskript, Vers 21–34, Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wikimedia Commons **[Weller]** (li.) Foto © Dirk Naguschewski (re.) Foto © Nina Weller

EVA GEULEN

EDITORIAL JAHRESTHEMA 2023/24: AKTIVISMUS UND WISSENSCHAFT

In den aktuellen Debatten um politischen Aktivismus und institutionalisierte Wissenschaft lässt sich unschwer das alte Muster ›Elfenbeinturm‹ vs. Engagement erkennen, das zahlreiche Auseinandersetzungen im 20. Jahrhundert geprägt hat. Angesichts dieser langen, wechselvollen und produktiven Geschichte könnte man mit dem Thema eigentlich gelassener umgehen als der aufgeregte Ton heute nahelegt. In ihrem Beitrag zu den Osteuropawissenschaften in Zeiten des Krieges wundert sich auch Nina Weller, dass längst überwunden geglaubte Fronten sich neu formieren. Henning Trüper erinnert daran, dass moderne Wissenschaft immer von politischen Instanzen abhängt. Patrick Eiden-Offe stellt anhand der Frankfurter Hölderlin-Edition, deren politische Motive einen Paradigmenwechsel in der Editionswissenschaft herbeiführten, die Verträglichkeit von Politik und Wissenschaft exemplarisch unter Beweis, zeigt aber auch, dass dem akademischen Erfolg des Projektes dessen politische Motive zum Opfer fielen. Bei der Durchsetzung neuer Editionsprinzipien blieb der politisch-aktivistische Impuls auf der Strecke.

Könnte es heute umgekehrt die Wissenschaft sein, die auf der Strecke bleibt? Und wenn es so wäre, könnte das damit zusammenhängen, dass einerseits die Politik (national und auf EU-Ebene) sowie viele Förderorganisationen eine ›transformative Wissenschaft‹ einfordern? Und dass andererseits immer mehr junge Menschen ihre akademische Entwicklung in den Dienst dieses oder jenes Aktivismus stellen? Haben wir es mit einer bisher unbekannten Konvergenz eines Aktivismus ›von oben‹ und ›von unten‹ zu tun?

Man muss so vorsichtig fragen, um nicht in das herrschende Reiz-Reaktions-Schema zu fallen.[1] Die allseits beklagten Polarisierungen, so heißt es oft auf beiden Seiten, seien akuten Bedrohungen, Nöten und Krisen geschuldet, deren Bewältigung keinen Aufschub dulde. Aber ob der Klimawandel dadurch gestoppt wird, dass in den Geistes- oder Kulturwissenschaften immer neue Gegenstandsbereiche wie Ecocriticism, Animal- und Plant Studies entstehen, kann man fragen. Die bei Henning Trüper angedeutete Dynamik proliferierender *single-issue*-Aktivismen hat jedenfalls längst den akademischen Fächer- und Disziplinenkanon erreicht. Weil diese Vielfalt auf die Dauer auch Zerfallseffekte nicht nur in der Wissenschaft zeitigt, hat der Journalist Knut Cordsen jüngst gefragt: »Wieviel Aktivismus verträgt unsere Gesellschaft?«[2]

Vielleicht heute noch lehrreich ist die Kontroverse zwischen Herbert Marcuse und Jürgen Habermas aus den späten 1960er Jahren. Der Marxist Marcuse vertrat die radikale Ansicht, dass Wissenschaft unter kapitalistischen Bedingungen zwangsläufig zum ideologischen Erfüllungsgehilfen des Systems werde. Eine revolutionäre Veränderung der herrschenden Verhältnisse müsse auch »die Struktur der Wissenschaft selbst beeinflussen«. In einem postrevolutionär befriedeten Weltzustand würde die Wissenschaft »zu wesentlich anderen Begriffen der Natur gelangen und wesentlich andere Tatsachen feststellen«.[3]

Jürgen Habermas, für den es interessenfreie Erkenntnis weder in der Wissenschaft noch sonst irgendwo geben konnte,[4] hat Marcuses Utopie relativiert, indem er ihre historischen Voraussetzungen namhaft machte. Denn erst im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, als sich verschärfende Krisen den Staat und die moderne, wissenschaftlich unterstützte Sozial- und Wissenschaftspolitik als Korrektiv auf den Plan riefen, bildete sich, was Habermas die »gläserne Hintergrundideologie« nennt, »welche die Wissenschaft zum Fetisch macht«.[5] Mit der zeitgleich einsetzenden Verwissenschaftlichung der Technik habe das zu jenem technokratischen Politikverständnis und einer entsprechenden Konfliktvermeidungspraxis der Politik geführt, gegen das die 68er-Generation aufbegehrte. In den protestierenden Studierenden des Jahres 1967 erkannte Habermas »Aktivisten«, die das Potential hätten, »auf eine Repolitisierung der ausgetrockneten Öffentlichkeit« hinzuwirken.[6] Das besondere Protestpotential dieser Gruppe verdanke sich auch ihrer wissenschaftlichen Erfahrung. Weil ihre Vertreterinnen und Vertreter »relativ oft aus sozialwissenschaftlichen und philologisch-hermeneutischen Fächern« kämen, erwiesen sie sich als »immun gegenüber dem technokratischen Bewußtsein«, weil ihre »primären Erfahrungen der eigenen wissenschaftlichen Arbeit mit dem technokratischen Grundgedanken nicht zusammenstimmen«.[7] Offenbar ist (oder war) Wissenschaft aufgrund ihrer Eigenlogik zu Selbstimmunisierungsleistungen in der Lage, die sie in der Folge auch zu emanzipatorischen gesellschaftlichen Handlungen sowohl innerhalb wie außerhalb der institutionalisierten Wissenschaft ermächtigen.

Aber reichen solche Beobachtungen hin, die aktuellen Debatten um Aktivismus und Wissenschaft vor allem in den Geistes- und Kulturwissenschaften zu erklären? Welche Rolle spielen die sogenannte Cancel Culture und die Diskussionen um kulturelle Aneignung in der Kunst? Das sind einige der Fragen, denen sich das ZfL in den kommenden drei Semestern widmen möchte.

[1] Kaum hatte sich die Initiative Scientists for Future konstituiert, um den Forderungen der Klimaaktivist*innen um Greta Thunberg wissenschaftlichen Nachdruck zu verleihen, sahen andere schon die Freiheit der Wissenschaft in Gefahr und gründeten zu deren Rettung eine Vereinigung für Wissenschaftsfreiheit. **[2]** Knut Cordsen: *Die Weltverbesserer: Wieviel Aktivismus verträgt unsere Gesellschaft?*, Berlin 2022. **[3]** Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied 1967, S. 180. **[4]** Vgl. Jürgen Habermas: »Erkenntnis und Interesse«, in ders.: *Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹*, Frankfurt a. M. 1967, S. 146–168. **[5]** Jürgen Habermas: »Wissenschaft als ›Ideologie‹«, in: ebd. (Anm. 4), S. 48–103, hier S. 88f. **[6]** Ebd., S. 101, 100. **[7]** Ebd., S. 101.

www.zfl-berlin.org

HENNING TRÜPER

AKTIVISMUS UND KULTURGESCHICHTE DES MORALISCHEN

›Aktivismus‹ wird heute kontextabhängig in vielen Bedeutungen verwendet: als deskriptive Bestimmung, positiver Identifikations-begriff, Begriff der polemischen Abwertung oder Zielscheibe jargonkritischen Spotts;[1] im Kern des Begriffs behauptet stets aber die individuelle Partizipation am kollektiven gesellschaftlichen Handeln, insbesondere an der Politik. Meist wird als Aktivismus die emphatische Teilnahme an sozialen Bewegungen emanzipatorischer Art bezeichnet. Es geht dabei häufig um marginalisierte Gruppen und Anliegen. Forderungen nach Ermächtigung und Gleichberechtigung sowie die Herausstellung besonderer Schutz-bedürftigkeit stehen im Zentrum. Auch im aktivistischen Umgang mit dem Klimawandel bleibt der Grundgedanke des Schutzes der Grundgedanke des Schutzes – nicht mehr nur menschlicher Akteure, sondern einer ihrer Rechte beraubten Natur – erkennbar.

Bedeutungskonstituierende Kriterien für ›Aktivismus‹ wären demnach erstens politische Partizipation jenseits einer bloß passiven, handlungsfernen Zustimmung oder Ablehnung sowie zweitens das Vorhandensein eines kollektiven Handlungssubjekts, das im Hinblick auf Rechte und deren Begründungen, positiver Identifikations-begriff, Begriff der polemischen Abwertung oder Zielscheibe jargonkritischen Spotts;[1] im Kern des Begriffs behauptet stets aber stets die individuelle Partizipation am kollektiven gesellschaftlichen Handeln, insbesondere an der Politik. Meist wird als Aktivismus die emphatische Teilnahme an sozialen Bewegungen emanzipatorischer Art bezeichnet. Es geht dabei häufig um marginalisierte Gruppen und Anliegen. Forderungen nach Ermächtigung und Gleichberechtigung sowie die Herausstellung besonderer Schutz-bedürftigkeit stehen im Zentrum. Auch im aktivistischen Umgang mit dem Klimawandel bleibt der Grundgedanke des Schutzes – nicht mehr nur menschlicher Akteure, sondern einer ihrer Rechte beraubten Natur – erkennbar.

Allerdings erlegen diese drei Kriterien den historischen Konstellationen eine allzu große Einfachheit auf. Schon bei der Arbeiterbewegung, in deren Umfeld der in Umfeld des Expressionismus entstandene Aktivismusbegriff nach dem Ersten Weltkrieg erstmals politisch Fuß fasste,[2] handelte es sich keineswegs um eine Bewegung am untersten Ende sozialer Hierarchien, wie etwa die relative Nachrangigkeit der Anliegen der Frauenbewegung in den Ideengebäude der sozialistischen Parteien belegt. Zudem haben politische Bewegungen der Moderne stets ein Problem der Repräsentation. »Freischwebende« (Karl Mannheim), nicht vorrangig durch ihre Gruppenzugehörigkeit gekennzeichnete Intellektuelle sollen für andere sprechen oder eine intellektuelle ›Führung‹ der ›Massen‹ anstreben. Stellvertreter- und Fürsprecherschaft, einschließlich der Asymmetrien, die eine solche Position mit sich bringt, sind also ein viertes Merkmal des Aktivismusbegriffs.

Die Frage nach der Teilhabe am politischen Gemeinwesen ist kein ausschließlich modernes Phänomen. Es gibt eine bedeutende trinnenzeitliche Tradition des heute so genannten republikanischen politischen Denkens, für das die Frage nach der Partizipation immer auch eine Frage der Ausschlüsse, kritieren war. Zu den Voraussetzungen legitimer Teilhabe gehörte die persönliche Tugend, eine erworbene Disposition zum Guten. Dieses Gutsein betraf ursprünglich die natürliche Bestimmung des Menschen als eines *zoon politikon* (Aristoteles): der Mensch, der dieser Bestimmung von nächsten kam, partizipierte am Gemeinwesen. Die militärische Tugend, die aus der Übung in Krieg hervorkommt, gehörte ebenso zu diesen Gütern wie diejenige Tugend, die aus dem Berufe, dessen Führung und Erhaltung herrührt. Diese – keineswegs geschlechtsneutralen – Tugenden sind nicht sozial und folglich nur innerhalb der Gemeinschaft erlernbar. Und weil die Tugend der politischen Natur des Menschen entspringt und sichtbar wird, hat in dieser Tradition das Politische Vorrang vor dem Moralischen.[3]

In der Moderne ändert sich das Verhältnis von Politischen und Moralischem. Die ältere Tugendethik verschwindet oder wird in eng umgrenzte Bereiche zunächgedrängt. Stattdessen entstehen Moralitäten und moralische Prakiken, in denen die moralischen Subjekte als fundamental gleich angesehen werden und die konkrete Handlung zum Hauptgegenstand des moralischen Urteils erhoben wird. Parallel dazu entwickelt sich im 18. Jahrhundert eine neue kulturelle Form der moralischen Partizipation in Form des humanitären Engagements, das sich über den sozialen und politischen Nahbereich hinaus auf auf Abstellung eines »entfernten Leidens« richtet.[4] Dabei geht es also nicht mehr um eine zur Teilhabe in der eigenen Gemeinwesen berechtigende Tugendhaftigkeit, sondern um ein Rettungshandeln, das sich auf einen konkreten, aber institutionell anerkannten Notstand richtet. Das humanitäre Engagement begründet zwar noch eine Tugend, nämlich den retterlichen Heroismus, doch diese Tugend stiftet keine politische Person mehr, sondern bleibt auf einen engen Wirkungskreis beschränkt. Mit der Verwirklichung von Situationstypen des fernen Leidens entstehen Aktivismen sich dabei auf die gute Tat als wichtigstes Paradigma moralischer Beurteilung.

Wenn heute irgendeinen Aktivismus, wie es oft in polemischer Absicht geschieht, diese historische Dimension angesprochen und zugleich eine spezifisch moderne Prägung benannt, die neben der vormodernen Gruppen, mit denen sich die Rede vom Aktivismus am häufigsten verbindet, an solche institutionellen Zusammenhänge geknüpft sind, in denen man Überreste der vormodernen, ständischen Gesellschaftsordnung entdecken kann: die Universitätsangehörigen, die Akademiker:innen, die Künstler:innen (von denen viele in irgendeiner Form an Akademien gebunden sind). Der Umstand, dass in diesen Gruppen Ehrverbrechen gibt – man sieht ez zum Beispiel deutlich am wissenschaftlichen Plagiat –, die in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen, zumal juristischen, kaum Relevanz besitzen, ist ein Symptom. Es zeigt an, dass sich heute eine Verbindung zwischen Stand und Tugend hält, die wir nur zumeist ignorieren. Und wenn etwa von der Pflicht von Wissenschaftler:innen zum Aktivismus die Rede ist, geht es durchaus noch um einen Typus ständischer Erwartung. Der Stand muss als solcher seine Bereichtung in der sozialen Ordnung erweisen, indem er seine Aufgabe und Bestimmung bestmöglich realisiert. Die Wissenschaft soll nicht einfach aus staatsbürgerlicher Perspektive partizipieren und zum Aktivismus sind sich insoferne anachronistische Spannungen. Wissenschaft und Aktivismus sind sich insofern Anderersseits aber treffen sich Aktivismus und Wissenschaft in ihrer gemeinsamen, spezifisch moderneen Gegenwarts- und Zukunftsorientierung. So entstehen analoge Aktivismen und Wissenschaften, die sich aktiv an der Gestaltung der Gegenwart und Zukunft beteiligen. Wissenschaft und Aktivismus sind sich insofern ähnlich, als für beide das Forschende und reflexive Nachdenken über deren Gegenstände und ihre theoretischen und praktischen Konsequenzen nötig ist. Wissenschaft setzt zudem eine Selbstbehauptung gegen gewisse Ansprüche der Nützlichkeit für das Staatswesen voraus. Auch der Aktivismus behauptet sich in einem experimentellen Austesten der Wirksamkeit bekannter und der Erwicklung neuer Handlungsformate, da sich die staatlichen Institutionen bestätigt auf Protestformen einstellen und sie zu beherrschen lernen.

Deshalb ist es weder überraschend noch neu, dass so staatliche Institutionsträger:innen staatliche Erwartungen geltend werden. Das von mancher Aktivismuskritik vorgebrachte Argument, dass Wissenschaft als Beruf und Politik als Beruf so strikt zu trennen seien, wie es die beiden berühmten Vorträge Max Webers zu diesen Themen nahezulegen scheinen,[5] trägt also nicht besonderes weit. Vielmehr ist die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Aktivismus stets zugleich eine nach der Bedeutung von Staatlichkeit für die Wissenschaft. Einerseits geht es dabei um das Fortwirken des älteren politischen Denkens in der Moderne. Andererseits aber treffen sich Aktivismus und Wissenschaft in ihrer gemeinsamen, spezifisch modernen Gegenwarts- und Zukunftsorientierung. So entstehen analoge Aktivismen und Wissenschaften, die sich aktiv an der Gestaltung der Gegenwart und Zukunft beteiligen. Wissenschaft und Aktivismus sind sich insofern ähnlich, als für beide das Forschende und reflexive Nachdenken über deren Gegenstände und ihre theoretischen und praktischen Konsequenzen nötig ist. Wissenschaft setzt zudem eine Selbstbehauptung gegen gewisse Ansprüche der Nützlichkeit für das Staatswesen voraus. Auch der Aktivismus behauptet sich in einem experimentellen Austesten der Wirksamkeit bekannter und der Erwicklung neuer Handlungsformate, da sich die staatlichen Institutionen bestätigt auf Protestformen einstellen und sie zu beherrschen lernen.

ein anderes Fürsorgeverständnis: Rechte konstituieren eine allgemeine, gleiche Freiheit von begründeten Beschränkungen.[3] Das oftmals eilige Selbstverständnis aktivistischer Avantgarden deutet aber an, dass die ermächtigende und privilegierende Tugend gegebene Mitmenschen ein Privileg vorzugsweise wollig aus dem politischen Denken verschwunden ist. Im Aktivismus ist die ›alte‹ Freiheit enthalten, die gegenüber anderen

PATRICK EIDEN-OFFE

EDITIONSPHILOLOGIE ALS AKTIVISMUS: DER UMKÄMPFTE HÖLDERLIN

Am 6. August 1975 lädt der Verlag Roter Stern in Frankfurt am Main zu einer Pressekonferenz ins Hotel Frankfurter Hof. Hier präsentieren der Verleger KD Wolff, ehedem Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, und der ehemalige Werbegrafiker D. E. Sattler den Einleitungsband ihrer neuen Hölderlin-Ausgabe. Die zwanzigbändige Edition soll in fünf Jahren abgeschlossen sein; tatsächlich erscheint der letzte Band 2008. Aufsehenerregend war die neue Ausgabe vor allem wegen ihrer Editionsprinzipien: Alle Handschriften werden im Faksimile wiedergegeben, eine »typographische Umschrift« bildet die Schriftbildlichkeit der Handschriftenblätter ab, eine »Phasenanalyse« macht den zeitlichen Charakter des Entwurfsprozesses nachvollziehbar. Aufsehenerregend war aber auch, dass die Frankfurter Hölderlin-Ausgabe (FHA) von Anfang an unter einem politisch-aktivistischen Stern stand: »Roter Stern über Hölderlin« oder »Liest Marx jetzt Hölderlin?« lauteten einschlägige Überschriften in der Presse.

Vom Verlag hatte Sattler »einen allgemein zugaenglichen besseren text« gefordert, und eine Ausgabe, die die »trennung von wissenschaftlichen und populaeren ausgaben« aufhebt, um damit ein größeres Publikum zu erreichen. Die komplizierten Editionsprinzipien und die spektakuläre Druckgestaltung dienten dem aufklärerischen Ziel, den Leser:innen eine Ausgabe an die Hand zu geben, die es ihnen erlaubte, editorische Entscheidungen selbst zu überprüfen. Die FHA, so hieß es, »bleibt nicht bei der utopie des idealen lesers stehen, sondern unternimmt es, ihn zu bilden«.[1]

Dieser Anspruch schließt zwei Annahmen ein: Erstens *Hölderlin geht alle an!* und zweitens *Es gibt Leute, die das verhindern wollen.* Die erste Annahme speist sich aus den Debatten um einen »neuen Hölderlin«, die seit den 1960er Jahren geführt wurden. Gegen die restaurative Vereinnahmung des Autors etwa durch Martin Heidegger hatten schon Theodor W. Adorno und Peter Szondi Einspruch erhoben.[2] Pierre Bertaux hatte den »Jakobiner Hölderlin« entdeckt, der zugleich zur Ikone der Antipsychiatrie avancierte.[3] Dieser neue Hölderlin wurde nun von der FHA editorisch unterstützt.

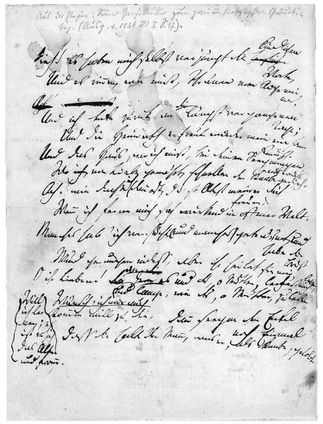
Das führt zur zweiten Annahme: Die FHA wendet sich explizit gegen die große Stuttgarter Ausgabe (StA), die 1974 gerade abgeschlossen worden war. Diese war 1943 von dem Tübinger Germanisten Friedrich Beißner begründet worden und galt im Fach als mustergültig. Die Herausgeber der FHA erhoben nun schwere Vorwürfe. In der StA fänden sich massenhaft »falsche[] Entzifferungen und Textzusammenstellungen«, die absichtlich vorgenommen und »ästhetisch motiviert« seien. Die ästhetische »Vorliebe fürs ›Vollendete‹« sei aber eigentlich politisch zu verstehen, als Votum für eine geschlossene Gemeinschaft, die sich im vollendeten Werk wiederfinden solle.[4] Hier schließt sich der Kreis: Denn Beißner war NSDAP- und SA-Mitglied und hatte 1943, parallel zum Start der StA, eine »Feldausgabe« Hölderlins besorgt. Der philologische Einsatz für den unverstellten Hölderlin wurde für die Frankfurter so zu einem buchstäblich antifaschistischen Kampf dafür,

**»daß gepfleget werde /
Der veste Buchstab, und bestehendes gut / Gedeutet«.**[5]

Das Hölderlin-Imperium schlägt umgehend zurück. Das ganze Unternehmen der FHA sei rein politisch motiviert und schon deswegen wissenschaftlich nicht ernst zu nehmen, der Herausgeber Sattler ein fachfremder Autodidakt. Die Auseinandersetzung zog sich lange hin und ist mittlerweile Gegenstand einer »historischen Kontroversenforschung« geworden.[6] Das Ergebnis der Auseinandersetzung lässt sich mit dem Titel eines Büchleins aus dem Merve Verlag, ebenfalls aus dem Jahr 1975, zusammenfassen: *Die Revolution ist vorbei, wir haben gesiegt.* Die FHA löste eine editionsphilologische Revolution aus, hinter die es kein Zurück gab. Sie etablierte einen neuen Standard, der nicht zuletzt in den großen Editionsprojekten zu Kleist und Kafka bekräftigt wurde, die in der Folge bei Roter Stern erscheinen sollten.

Wissenschaftshistorisch könnte man die Geschichte der FHA also als Lehrstück darüber lesen, wie ein wenigstens zum Teil von außerhalb der Wissenschaft kommender politisch-aktivistischer Impuls ein wissenschaftliches Feld aufmischt und neu sortiert, bis sich dort schließlich ein Paradigmenwechsel vollzieht. Eine solche Erfolgsgeschichte atmet indes wenig Hölderlin'schen Geist. Denn ihm waren immer auch die Verluste und die »Narben« wichtig, die der Gang der Geschichte schlägt.[7] Vielleicht müssen wir, gerade wenn es um den Zusammenhang von Aktivismus und Wissenschaft geht, auch danach fragen, was aus den initialen politischen Impulsen wird, wenn sich der »rationale Kern« der wissenschaftlichen Debatte herausschält und der Aktivismus überflüssig zu werden droht.

Zur politischen Dimension der FHA gehörte eine Provokation, die aufs eigene Lager zielte: Gekämpft wurde nicht nur gegen die Verfälschung Hölderlins, sondern auch gegen eine Linke, die diese nicht durchschaut und sich deshalb für Hölderlin gar nicht erst interessiert. Dieser Konflikt wird gleich im ersten Heft von *Le pauvre Holterling* offengelegt, einer Schriftenreihe, die die FHA als Organ einer wissenschaftlichen und politischen Selbstverständigung und Gegenöffentlichkeit von Anfang an begleitet hat. In einem »offenen Brief« mokieren sich hier »ehemalige Mitarbeiter« des Verlags über die FHA, die sie unter Verweis auf die portugiesische Revolution, die »Obdachlosen«, die »arbeitslosen Jugendlichen«, das »tapfer kämpfende Volk der Palästinenser« und schließlich »die Genossen im Knast« als politisch überflüssig verwerfen. Eigentlich gehe es wohl darum, als »linke[r] Verlag« in der Krise zu überleben, »indem



man bürgerliche Dichter, die begriffs- und gefühlsduselig antikapitalistisch waren, verlegt und den Linken als links und revolutionär, den Bürgern als ›nichtradikale Neueinschätzung‹ (FAZ) verkauft«.[8]

Darauf antwortet im gleichen Heft der selbst »im Knast« einsitzende Schriftsteller Peter Paul Zahl. Der hält zunächst fest, dass er nicht »für revolutionäre Portugiesen, Obdachlose, Jugendliche und Palästinenser« sprechen könne, wohl aber vielleicht für die »Genossen im Knast« – und als ein solcher brauche er persönlich den unverfälschten Hölderlin unbedingt, um im Gefängnis zu überleben. Zahl mahnt einen kulturrevolutionären Kampf an, der sich nicht ausschließlich an »konkreten Tageszielen« orientieren dürfe, sondern auch eine »Rekonstruktion von Sinnlichkeit und Sprache, von Kommunikation« im Blick haben müsse – und dabei »kann Hölderlin uns helfen«.[9] Zahls Intervention verdeutlicht, dass die FHA auch zur kulturellen Aufklärung einer kulturbanausischen Linken beigetragen hat. Die ehemaligen Mitarbeiter aber haben vielleicht auch einen Punkt, wenn sie danach fragen, was von einer revolutionären Edition bleibt, wenn das übergreifende politische Projekt verloren geht.

In der politischen Ernüchterung und Depression, die nach 1975 bald eintrat, kehrte sich der polemisch-aktivistische Impuls der FHA gewissermaßen nach innen. Im Verbund von Verlag und Herausgebern kommt es nun zu Friktionen, die mitunter beklemmende Züge annehmen. Die Herausgeber etwa werfen dem Verlag vor, auf seinen Rechten zu beharren und so die Verbreitung des »echten« Hölderlin zu verhindern. Und Sattler, der als überzeugter Antiakademiker die FHA immer auch als Einspruch gegen eine »szientifisch verkürzte« Literaturwissenschaft verstanden hat, kann es nur als Verrat werten, wenn einzelne seiner Mitherausgeber mit ihrer editorischen Kompetenz bald akademische Karriere machen.[10] Vom einst kämpferischen Kollektiv bleiben schließlich nur verfeindete Einzelne übrig, die sich verraten fühlen.

Wenn wir heute über Wissenschaft und Aktivismus debattieren, dann geht es schnell um die Gefahren des Aktivismus für die Wissenschaft. Die Geschichte der Frankfurter Hölderlin-Ausgabe lehrt hier Gelassenheit: Mitunter speisen sich die großen wissenschaftlichen Innovationen genau aus den aktivistischen Impulsen, die den Zeitgenoss:innen völlig überspannt oder sogar verrückt erscheinen. Die Geschichte der FHA lehrt aber auch, nach den Kosten solcher Erfolge für die Aktivist:innen und ihr politisches Anliegen zu fragen. Denn unter dem Zwang des wissenschaftlichen Fortschritts werden diejenigen, die sich nicht anpassen wollen oder können, schnell zu den »Untergetretenen« und »Irregeführten«, von denen die Geschichte voll ist und denen wir – den letzten Sätzen von Sattlers Nachwort zum letzten Band der FHA folgend – beizustehen haben:

»Zornlos, kraft tieferer Einsicht.«[11]

In Erinnerung an Marianne Schuller

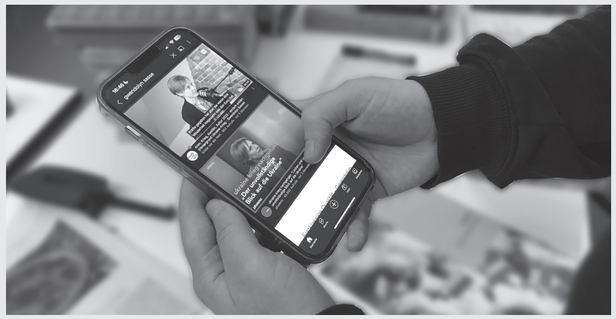
[1] D. E. Sattler: »Persönlicher Bericht. VII« auf der persönlichen Homepage hoelderlin.de unter »d e sattler – entwuerfe editionen«. [2] Theodor W. Adorno: »Parataxis. Zur späten Lyrik Hölderlins« [1963], in: ders.: *Noten zur Literatur,* Frankfurt a. M. 1981, S. 447–491; Peter Szondi: »Hölderlin-Studien« [1967], in: ders. *Schriften I,* Berlin 2011, S. 261–366. [3] Pierre Bertaux: *Hölderlin und die Französische Revolution,* Frankfurt a. M. 1969, und ders.: *Friedrich Hölderlin. Eine Biographie,* Frankfurt a. M. 1978. [4] Michel Leiner/D. E. Sattler/KD Wolff: »Vorwort«, in: *Frankfurter Hölderlin-Ausgabe,* Bd. 1, Frankfurt a. M. 1975, S. 10–19, hier S. 17. [5] So heißt es im Schluss von Hölderlins *Patmos.* [6] Vgl. Gideon Stiening: »Editionsphilologie und ›Politik‹. Die Kontroverse um die Frankfurter Hölderlin-Ausgabe«, in: Ralf Klausnitzer/Carlos Spoerhase (Hg.): *Kontroversen in der Literaturtheorie / Literaturtheorie in der Kontroverse,* Bern u. a. 2007, S. 265–298. [7] »ein Ärgerniß aber ist Tempel und Bild, // Narben gleichbar zu Ephesus. Auch Geistiges leidet« – so die späte, selbst tief vernarbte Überarbeitung von *Brod und Wein.* [8] Sechs Mitarbeiter und ehemalige Mitarbeiter: »Liebe Mitarbeiter des Verlags Roter Stern! Offener Brief«, in: *Le pauvre Holterling. Blätter zur Frankfurter Hölderlin-Ausgabe* 1, 1976, S. 22. [9] Peter Paul Zahl: »An ehemalige Mitarbeiter des Verlags Roter Stern. Offener Brief«, in: *Le pauvre Holterling* (Anm. 8), S. 23–25, hier S. 23f. [10] Leiner/Sattler/Wolff: »Vorwort« (Anm. 4), S. 17. [11] D. E. Sattler: »Zur Edition«, in: *Frankfurter Hölderlin-Ausgabe,* Bd. 20, Frankfurt a. M. 2008, S. 8.

NINA WELLER

WISSENSCHAFTSAKTIVISMUS UND OSTEUROPAFORSCHUNG IN ZEITEN DES KRIEGES

Seit Beginn des russischen Großangriffs auf die Ukraine ist die Osteuropaforschung, die in der Öffentlichkeit jahrzehntelang eine eher marginale Rolle spielte, ins Rampenlicht gerückt. Osteuropawissenschaftler:innen analysieren das laufende Kriegsgeschehen, erläutern vorangegangene Entwicklungen, informieren über die russische Imperialgeschichte und das lange Ringen der Ukraine und anderer ehemaliger Sowjetrepubliken um Unabhängigkeit. Kurz: Sie vermitteln komplexes Wissen über Politik und Geschichte, Sprache und Kultur eines Raums, der von jahrhundertelangen Grenzverschiebungen, vielsprachigen und multireligiösen Bevölkerungen und generationsübergreifenden Gewalterfahrungen gekennzeichnet ist.

Aufgrund der medialen Berichterstattung infolge des Kriegs ist die Ukraine zwar keine Terra incognita mehr. Doch es bedarf weiterhin der Wissensvermittlung in die breitere Öffentlichkeit, damit sie und andere ehemalige sowjetische Länder als eigenständige Akteure und Subjekte der eigenen und europäischen Geschichte und nicht immer nur in Bezug auf Russland wahrgenommen werden.



Belarus etwa steht weiterhin im Abseits der medialen Aufmerksamkeit, obwohl das belarussische Regime in den aktuellen Krieg verwickelt ist und seit den Protesten 2020 die Repressionen gegen politische Gegner und gegen die nach demokratischen Werten strebende Bevölkerung massiv verstärkt hat. Diese unzureichende Wahrnehmung Osteuropas hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die westliche Slawistik und Osteuropaforschung seit Langem überwiegend auf Russland fokussiert waren.

Unter den Bedingungen des Kriegs hat sich der Arbeitsalltag der hier Forschenden, Lehrenden und Studierenden verändert: Kooperationen mit russischen Universitäten mussten aufgekündigt werden, Partnerschaften mit wissenschaftlichen Institutionen in der Ukraine und anderen Nachbarländern wurden intensiviert. Es wurden neue Netzwerke aufgebaut und Scholars- und Artists-at-Risk-Programme eingerichtet – nicht nur für aus der Ukraine geflüchtete oder aus Russland und Belarus vertriebene, regimekritische Wissenschaftler:innen und Künstler:innen, sondern auch für diejenigen, die unter je unterschiedlichen Gefahren in ihren Heimatländern weiterarbeiten.[1]

Zugleich wurden die Bemühungen intensiviert, sich selbstkritisch mit den Prämissen des Fachs auseinanderzusetzen und dekolonisierende Perspektiven mit dem Ziel einer Transformation der Forschungs- und Studieninhalte umzusetzen. Dies ist nicht nur auf den Krieg zurückzuführen, sondern knüpft auch an die schon länger von innerhalb wie außerhalb der Wissenschaft angestrengten Bemühungen um mehr Diversität und Dekolonisierung an. Dazu gehört beispielsweise die Forderung, die Stimmen von Expert:innen aus dem postsowjetischen Raum ohne paternalistische Impulse in hiesige Debatten einzubeziehen, ganz im Sinne von Wolf Lepenies: »Nicht forschen über, sondern forschen mit.« Dies würde auch dem sogenannten »Westsplaining«[2] entgegenwirken, das auf der Vorstellung von Menschen aus dem Westen basiert, sie verstünden den Osten des Kontinents besser als dessen Bewohner:innen.

Angesichts des Krieges agieren viele Fachvertreter:innen zunehmend sichtbar auch auf persönlicher Ebene: Sie zeigen sich solidarisch auf Demonstrationen, engagieren sich ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe, intervenieren in öffentliche Debatten. Manche stellen zum Teil klare Forderungen an die Politik, indem sie beispielsweise für eine Ausweitung der Waffenlieferungen plädieren. Die Wissenschaft als unpolitischen Raum fernab des Weltgeschehens zu begreifen, ist kaum mehr möglich, wenn Desinformation und Fake News als hybride Waffen im Krieg eingesetzt werden. So wird die Diskussion über Für und Wider von Waffenlieferungen an die Ukraine oder den Umgang mit russischer Kultur und Literatur nicht nur in den Medien, sondern auch innerhalb der Fachcommunity oft zu einer Grundsatzfrage wissenschaftlicher Ethik und politischer Verantwortlichkeit erklärt. Für ein solches »Aktivwerden von Wissenschaftler:innen« in »gesellschaftspolitischer Absicht« wurde der positiv konnotierte Begriff des *scientific political activism* geprägt.[3] Ist aber schon von Aktivismus zu sprechen, wenn sich Osteuropawissenschaftler:innen mit ihrer fachlichen Expertise aktiv in öffentliche Debatten einbringen und auf Grundlage ihrer Forschungen politische Vorschläge und Forderungen formulieren?

Zu beobachten ist, dass sich in jüngster Zeit eine prinzipielle Gegenüberstellung von Wissenschaft und Aktivismus Bahn gebrochen hat, die man so eigentlich längst überwunden glaubte. In der Regel wird Aktivismus als direktes Handeln verstanden, das ein klar definiertes, meistens politisches Ziel hat; demgegenüber sei Wissenschaft einem politisch unabhängigen, objektiven Erkenntnisinteresse und kritischer Distanz zum Forschungsgegenstand verpflichtet. Liegt aber dieser Annahme eines unversöhnlichen Gegensatzes von Wissenschaft und Aktivismus nicht eine Verwechslung von partizipativem Engagement mit unreflektiert-impulsivem Aktionismus oder mit ideologischer Voreingenommenheit zugrunde? ›Aktivismus zu betreiben‹ gerät zum Vorwurf und wird gerade von jenen vorgebracht, die eine auf Objektivität verpflichtete ›neutrale‹ Wissenschaft von einem auf moralischen Werteurteilen und Emotionalität beruhenden Aktivismus unterscheiden zu können glauben. So diskreditierte beispielsweise der Politologe Gerhard Mangott den Wissenschaftsaktivismus einiger politisch besonders engagierter Osteuropawissenschaftler:innen als »Auszug aus der Wissenschaft«.[4] Die Osteuropahistorikerin Franziska Davies konterte:

»Gerade dadurch, dass diese Wissenschaftler:innen ihre eigenen Überzeugungen und Wertesysteme kommunizieren, machen sie diese transparent und reflektieren ihre eigene Zeit- und Standortgebundenheit.«[5]

In der Tat ist nicht ausgemacht, ob Wissenschaft überhaupt werturteilsfrei sein kann.[6] Liegen ihr nicht immer schon normative Positionierungen zugrunde? Wäre dabei nicht auch zu bedenken, dass staatlich finanzierte Forschung und Lehre im Namen eines politisch legitimierten Auftrags handelt? Ist politische Zurückhaltung nicht ihrerseits darin normativ, dass sie diejenigen Wissenschaftler:innen zurechtweist, die Wissensproduktion auch als demokratisch notwendiges gesellschaftliches Engagement verstehen? Der Philosoph Karl Popper beschreibt die Haltung des Aktivisten als »die Neigung zur Aktivität und die Abneigung gegen jede Haltung des passiven Hinnehmens«.[7] In dieser Perspektive sind in der Tat alle Wissenschaftler:innen aktivistisch, die in Reaktion auf politische Ereignisse qua ihrer Expertise etwas zur Veränderung konkreter politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse oder zur Aufmerksamkeitsverschiebung in der Einordnung des Weltgeschehens beitragen möchten. Allerdings haben wir es wohl kaum mit Komplexitätsreduktion zugunsten von Emotionalisierung zu tun, wie der Vorwurf oftmals lautet.[8] Vielmehr zielt ihr Aktivismus umgekehrt darauf, den im Fall des östlichen Europa enormen Aufklärungsbedarf zur komplexen Verflechtungsgeschichte, zu Kulturen und Sprachen der Region zu decken. Sie wirken dabei nicht mehr nur als Expert:innen, die im Hintergrund politische Entscheidungsträger:innen beraten oder sachliche Einschätzungen von Geschehnissen liefern, sondern greifen nun häufiger unmittelbar und kritisch in öffentliche Debatten ein. So auch, wenn sie anprangern, dass in der Russlandpolitik der letzten Jahre viele folgenschwere Entscheidungen getroffen wurden, bei denen auf eine wissenschaftliche Beratung verzichtet wurde.

Auch in anderen politischen Kontexten – der Entwicklungen im Iran, in der Türkei oder in den USA beispielsweise oder in den Debatten über die Klimakrise und Einwanderungspolitik – tritt die Notwendigkeit des Engagements seitens der Wissenschaft deutlich hervor. Denn über historische, kulturelle, politische Hintergründe zu informieren und differenziertes Wissen verständlich, aber nicht simplifizierend in die breitere Öffentlichkeit zu vermitteln, schafft Orientierungsangebote jenseits bloßer ›Meinungsmache‹. Wissenschaft gerät in schwierige Fahrwasser, wenn sie unter dem Druck erregter Debatten hinter ihre eigenen Standards zurückfällt, aber auch dann, wenn sie das Gebot der Objektivität als Positionierungsverbot missversteht.

[1] Wie z. B. die Initiative The University of New Europe (UNE) oder das Science at Risk Emergency Office vom Akademischen Netzwerk Osteuropa (akno e. V.). [2] Aleksandra Konarzewska/Schamma Schahadat/Nina Weller (Hg.): *»Alles ist teurer als ukrainisches Leben«. Texte über Westsplaining und den Krieg,* Berlin 2023. [3] Pascal Germann/Lukas Held/Monika Wulz: »Scientific Political Activism – eine Annäherung an das Verhältnis von Wissenschaft und politischem Engagement seit den 1960er Jahren«, in: *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 30.4 (2022), S. 435–444, hier S. 436. [4] Siehe X/Twitter-Eintrag von Gerhard Mangott vom 11.7.2022, https://twitter.com/gerhard_mangott/status/1678687988186861569. [5] Siehe X/Twitter-Eintrag von Franziska Davies am 12.7.2022, https://twitter.com/EFDavies/status/1679240901657239553; nachzulesen auch auf Threadreader, https://threadreaderapp.com/thread/1679240901657239553.html. [6] Zur Geschichte der Debatte um Werturteilsfreiheit in der Wissenschaft vgl. auch Leonhard Dobusch: »Objektivität in Anführungszeichen. Über Wissenschaft und Aktivismus«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 26/27 (2022), https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wissenschaft-oeffentlichkeit-demokratie-2022/509591/objektivitaet-in-anfuehrungszeichen/. [7] Karl Popper: *Das Elend des Historizismus* (*Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften,* Bd. 3), Tübingen [8]1974, S. 7. [8] Vgl. Alexander Libman: »Osteuropaforschung im Rampenlicht: Ein Drahtseilakt zwischen Wissenschaft und Aktivismus«, in: *Russland-Analysen* 438, 26.6.2023, S. 4–6, https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/372/aussenpolitikexperten-in-russland-zwischen-forschung-beratung-und-propaganda/.